

Pressemitteilung (15.01.2006)

Auslagerung der Hamburger Beruflichen Schulen höchst problematisch

Sehr kritisch sehen die Vertreter des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) die vorgesehenen Änderungen der rechtlichen Strukturen der Beruflichen Schulen in Hamburg. Der Vorsitzende des Bundesverbandes, Dr. Wolfgang Kehl, und der Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes, Thomas Schuback, stimmen in der Auffassung überein, dass die geplanten Neuregelungen des Hamburger Schulreformgesetzesentwurfs an folgenden Stellen höchst problematisch sind und dass ihre Verfassungsmäßigkeit einer rechtlichen Prüfung unterzogen werden muss:

1. Beschneidung der Rechte von Eltern und Schülern im Schulvorstand I – zuständig für die Berufsausbildung – gegenüber den Vertretern der Wirtschaft: Die Möglichkeit der Wirtschaft, bereits mit den Stimmen von zwei Betriebsvertretern eine Entscheidung des Schulvorstands zu blockieren, bedeutet eine rechtliche Schiefelage.
2. Bestellung der Schulleiter auf Zeit durch ein Gremium ohne Mehrheit der staatlichen Vertreter: Auch wenn im Schulleiterfindungsausschuss keine Wirtschaftsmehrheit besteht, ist über die Definition der Aufgaben des Kuratoriums eine Blockademöglichkeit gegenüber der Schulsenatorin anzutreffen.
3. Zusammensetzung des Kuratoriums als oberstes Entscheidungsorgan: Hier sind nur zur Hälfte staatliche Vertreter vorgesehen, unter ihnen zwei Schulleiter, die bereits bei ihrer Leitungstätigkeit stark von den Vertretern der Wirtschaft – insbesondere der Handelskammer – bestimmt sind. Diese Struktur hebt die demokratisch legitimierte Verantwortung der Schulsenatorin aus.

Über diese letztlich verfassungsrechtlichen Probleme hinaus sieht der VLW auch inhaltliche Probleme bei einer unveränderten Umsetzung der drohenden Neuregelungen: „Der dominierende Einfluss der Wirtschaft auf alle Bildungsgänge wird die berufliche Bildung beschädigen, wie die Ausgliederung der Wirtschafts- und Technischen Gymnasien aus den

Beruflichen Schulen beweist.“ Auch sei die zu erwartende Institutionalisierung von Konflikten in den Gremien alles andere als förderlich für die berufliche Bildung.

Im Namen der VLW-Verbände fordern die beiden Vorsitzenden die Hamburger Bürgerschaft auf, die Verantwortung des Staates für die berufliche Bildung zu sichern und auch in Hamburg diesen verfassungsrechtlichen Auftrag des Staates zu gewährleisten.

Hamburg und Bielefeld, 15. Januar 2006

Helmut Hahn, Pressesprecher

Tel.: 06853 9229-55; Fax : - 56; E-Mail: hahn.vlw@t-online.de